

*Unser Standpunkt*

*06/20*



Unser Standpunkt, 30. Juni 2020

- 7 Papiergeld essen – wirklich?
- 8 Der verrückte Herr Dr. von Havenstein
- 10 Nach Corona. Das Gesundheitsbulletin der EU
- 11 Rezepte zur Genesung der Nation
- 14 Rezepte im persönlichen Haushalt und im Alltag

# *The common sense investors*

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser

Wie Sie sich erinnern, hat sich unser langjähriger und sehr geschätzter Autor Marcel A. Burgauer im letzten «Standpunkt» vom Januar 2020 von Ihnen verabschiedet.

Wir freuen uns sehr, Ihnen in der Person von

Herrn Dr.h.c. Beat Kappeler

den neuen Autor unseres Halbjahresberichts vorzustellen.

Herr Kappeler ist vor allem unseren Schweizer Leserinnen und Lesern ein Begriff, hat er doch jahrelang eine viel beachtete volkswirtschaftliche Kolumne in der «NZZ am Sonntag» geschrieben. Daneben ist er Verfasser verschiedener Bücher, unzähliger Fachartikel und Gewinner von diversen Journalistenpreisen.

[www.beatkappeler.info](http://www.beatkappeler.info)

Wir heissen Herrn Dr. Beat Kappeler herzlich willkommen und wünschen unseren Leserinnen und Lesern eine interessante Lektüre.

## Die Performance der wichtigsten Börsenplätze

A) 1. Januar 2020 – 30. Juni 2020		in CHF		in EUR	
Schweiz	SMI	-	5.38%	-	3.56%
Deutschland	DAX Xetra	-	8.84%	-	7.08%
Frankreich	CAC 40	-	18.98%	-	17.43%
Grossbritannien	FTSE 100	-	25.18%	-	23.75%
Schweden	OMX Stockholm 30	-	7.93%	-	6.15%
Europa	STOXX 50	-	15.27%	-	13.65%
USA	S&P 500	-	5.96%	-	4.16%
Japan	Nikkei	-	6.92%	-	5.13%
India	Sensex	-	21.81%	-	20.31%
China	Enterprise Index	-	13.94%	-	12.29%
Morgan Stanley	Welt Aktienindex	-	8.51%	-	6.76%
Bloomberg Effas CHF/EUR Obligationen Index (5-7 Jahre Laufzeit)		-	0.13%	+	1.09%
ausgewogener Index*		-	4.32%	-	2.84%

B) über fünf Jahre		in CHF		in EUR	
Schweiz	SMI	+	14.40%	+	12.06%
Deutschland	DAX Xetra	+	14.83%	+	12.48%
Frankreich	CAC 40	+	5.20%	+	3.04%
Grossbritannien	FTSE 100	-	24.57%	-	26.11%
Schweden	OMX Stockholm 30	-	2.58%	-	4.57%
Europa	STOXX 50	-	3.58%	-	5.56%
USA	S&P 500	+	52.18%	+	49.07%
Japan	Nikkei	+	26.33%	+	23.74%
India	Sensex	+	7.17%	+	4.97%
China	Enterprise Index	-	23.85%	-	25.41%
Morgan Stanley	Welt Aktienindex	+	28.47%	+	25.84%
Bloomberg Effas CHF/EUR Obligationen Index (5-7 Jahre Laufzeit)		+	1.13%	+	11.73%
ausgewogener Index*		+	14.18%	+	18.79%

\*50% Effas Obligationen Index (5-7 Jahre Laufzeit)  
50% Morgan Stanley Welt Aktienindex



## Papiergeld essen – wirklich?

---

Nach der Mondlandung 1969 dürfte die Corona-Seuche die zweite wirklich allen Menschen gemeinsame Erfahrung geworden sein, damals fieberte man mit den Astronauten, diesmal fieberten viele selbst. Was aber bleibt davon? Manche Philosophen und Soziologen schwärmen, alles wird besser. Der Hyperkonsum ist hinterfragt, nutzlose Fliegerei bleibt am Boden, Hierarchien werden flacher und die Saläre gleicher, wenn viele nun zu Hause arbeiten. Jedoch, haben nicht viele nun einen aufgestauten Bedarf nach mehr, nach Luxus? Werden nicht die Kader in der Firmenzentrale leichthin über jene herrschen, die sie an der Strippe verstreut zuhause halten, sie beauftragen, sie entlohnen? Illusionen bitte abschminken! Gewohnheiten sind hartnäckig.

Der Ökonom sieht aber etwas, das anders wurde, und uns leider erhalten bleibt: Die Notenbanken und die Staatsbudgets schalteten auf die Überholspur. Aufgeholt, überholt sollen die Verluste der Arbeitenden, der Haushalte, der Firmen und der Staaten werden - mit tausend Milliarden neuem Papiergeld in den USA, in Europa, in Japan, in China. Kann man Papier essen? Diese Krisenhilfen sind zwar etwas komplizierter als das. Die Politiker drehten überall zuerst an den Staatsausgaben. Entlassene Arbeitende erhalten Geld, Selbständige, Künstler beziehen ihre verlorenen Honorare vom Staat, den Klein- und Mittelunternehmen werden die Kredite vom Staat garantiert, und grosse Firmen, die sich als systemnotwendig drapieren, wie Fluggesellschaften, bekommen sogar direkt Geld in die Kasse.

Das schien zu wenig, zu langsam. Die amerikanische Notenbank FED stieg in die Hosen, sie kauft Firmenkredite, Hochrisiko-Anleihen auf, sogar Anteile von Geldmarkt-Fonds. Sie sicherte neun anderen Notenbanken in der Welt automatische Kreditlinien (Swaps) zu, falls diese Flüssiges brauchen – damit sie keine US-Staatsanleihen verkaufen. Das wären zwar die Reserven dieser anderen Notenbanken für solche Notfälle, doch dann sähen US-Anleihen risikvoller aus, die Zinsen könnten ansteigen, die früheren Schulden des Imperiums kämen plötzlich auf den Markt. Also auch hier: durchfinanzieren. Im US-Markt schuf die FED ebenfalls mehrere Vehikel, über welche sie direkt Firmenkredite aus neuem Geld schöpft, ohne die Banken dazwischen wie bisher. Und sie erklärte, die enormen Staatsanleihen für die vielen Stützungen grenzenlos aufzukaufen – also das ganze Treiben zu monetisieren. Die Europäische Zentralbank brauchte fast nur Sekunden, um das alles nachzumachen – ebenfalls unbegrenzte Geldschöpfung zur Stützung von Firmen, Hausbesitzern, Staaten. Ebenfalls alle Schuldzinsen auf null oder nahe dran gesetzt.

Dem Ökonomen graust es. Denn was er so schön gelernt hatte, ist Makulatur. Er lernte nämlich, dass der Staat, wenn er schon Schulden macht, Obligationen

ausgibt. Ein Bankenkonsortium übernimmt diese Papiere und bietet sie den Kunden, den Versicherungen oder Pensionskassen an. Das war der Primärmarkt der Staatsschulden. Sodann hatten natürlich später Banken und Käufer solcher Staatsobligationen hin und wieder das Bedürfnis, noch mehr davon zu kaufen, oder aber zu verkaufen. Das taten sie über die Wertpapierbörsen, den Sekundärmarkt. Die Notenbanken selbst kauften oder verkauften in uralten Zeiten, also bis vor 12 Jahren, hin und wieder auch Staatspapiere auf diesem Wertpapiermarkt. Sie verteuerten oder verbilligten dadurch deren Kurse und im Gegenzug die Höhe der Zinsen darauf. Das hiess, die Notenbanken steuerten sanft und mit wenigen Interventionen das Zinsniveau und die Geldflüssigkeit. Ausserdem - wenn sie die Obligationen dem Publikum oder den Banken, Versicherungen, Pensionskassen anboten, entschied dieses Publikum, ob es dem Staat traue. Wenn nicht, ging die Anleihe nicht weg, der Staat musste mehr Zins offerieren. «Mark to market» war die Politik; die Verschwender standen unter der Fuchtel.

Seit der Finanzkrise 2008 aber kaufen die Notenbanken der USA, der Eurozone, Japans und Englands masslos Staatsobligationen, nur um dem Staat immer neue Schuldausgaben zu ermöglichen. Und nun die neueste Drehung – die FED garantiert, ja sie gibt den Unternehmen direkt Kredite, die FED kauft direkt die Schuldpapiere von Einzelstaaten und Städten. Da ausserdem die FED und die EZB seit der Corona-Krise alle neuen Staatsschulden sofort auf dem «Sekundärmarkt» aufkaufen, kommt es gar nicht mehr auf diese frühere Trennung in Sekundär- und Primärmarkt an – die Notenbanken finanzieren den Staat direkt und ganz. Der Zins ist von Staat und Notenbank festgelegt, nicht die Anleger haben die Wahl, sondern der Superstaat. Er ist der Markt.

## Der verrückte Herr Dr. von Havenstein

---

Zwei der Folgen sind institutionell – die Finanzministerien und die Geldpresse sind künftig dasselbe, die Politiker in Regierung und Parlament haben direkten Zugang zur Geldschöpfung. Zweitens haben die Notenbanken alle Geld- und Kapitalmärkte aufgesogen. Es gibt keine unabhängigen Akteure mehr auf solchen Märkten, die Pensionskassen, die Versicherungen, die privaten Anleger können Obligationen kaufen oder verkaufen, aber das wirkt sich nirgends mehr auf die Zinsen oder die Liquidität der Märkte aus. Die Notenbanken bestimmen mit ihrer schieren Masse Angebot und Nachfrage und den Preis dafür, also den



Zinssatz. Wenn früher der Zins oder die Geldmenge hinauf oder hinunter gingen, waren dies Signale an die Wirtschaft, an Anleger; jetzt aber ist Geld nie mehr knapp, die Zinsen tragen nicht mehr auf. Das Signal der Notenbanken heisst – voll drauf, leistet euch alles.

Eine dritte Folge ist ökonomisch: Funktionäre der Notenbanken und Ausgabenpolitiker der Parlamente entscheiden darüber, wo Kapital eingesetzt wird, und vor allem, dass alles bisherige Kapital und alle vorher eingegangenen Kredite von Firmen, Haushalten, Staaten garantiert sind.

Man lacht heute über Dr. Rudolf von Havenstein von der deutschen Reichsbank, der die Geldpresse angeworfen hatte und im Sommer 1923 erklärte, wegen des daraus angestossenen Preisgalopps müsse er auch nächste Woche den Geldumlauf wieder um 60% steigern. Dumm, nicht wahr. Doch die Argumentationskette heute geht genau so: Die FED und die EZB haben die hohen drohenden Kreditausfälle der Finanzkrise 2008 überspielt, indem sie die Kredite verdoppeln halfen, und da diese sich heute wiederum untragbar erweisen, wollen sie nochmals mehr Kredite geben. Herr von Havenstein ist wieder dran.

Nicht nur das. Die Zwänge sind die gleichen geblieben. Die Pfadabhängigkeit oder in neuerer Redeweise TINA – «there is no alternative» – verbietet alles andere. Das Rad des Defizits und der dafür betriebenen Geldschöpfung kann nur um den Preis einer enormen Krise gestoppt werden. In den USA müsste die Steuersenkung der Firmen rückgängig gemacht werden, das brächte 1500 Milliarden sowie einen Börsencrash ein. Dann müsste eine neue Mehrwertsteuer den gehätschelten Konsum in den USA schlagen, der Detailhandel wäre endgültig erledigt. Die vorläufig garantierten Corona-Schulden müssten schliesslich eingetrieben werden, eine Konkurswelle folgte. Die nette Phantasie der direkt an die Bürger ausbezahlten 1200 Dollar, ein eigentliches Helikoptergeld, müsste Episode bleiben, kein Ausbau der Krankenversicherung wäre möglich, und die defizitäre Rentenkasse müsste die Renten senken. Von den 330 Millionen Amerikanern wären 330 Millionen betroffen. Die Politiker müssen nun wählen: stoppen oder weitermachen – Ruin heute oder Ruin später. Die Wahl fällt nicht schwer.

# Nach Corona. Das Gesundheitsbulletin der EU

---

Die Corona-Krise war ein ausserökonomischer «Schwarzer Schwan» und hat die ökonomischen, finanziellen, budgetären Krankheiten überall verstärkt. Denn diese Welt war schon vorher anfällig. Dies zeigte sich an den Krisen des Euro nur zehn Jahre nach seiner Einführung ab 2009. Die Europäische Zentralbank hat sie – wie die FED in den USA – nicht geheilt, sondern überspielt mit einem beispiellosen Aufkauf von Schulden der Staaten, der Hypothekarschuldner, der faulen Zombie-Firmen, und dafür ebenfalls Geld ohne Massen geschöpft. Zwei besondere Schwächen tauchten allerdings jetzt auf. Einmal verlässt Grossbritannien den Club, und seinem Süden, nämlich Italien, Frankreich fällt der ökonomische Boden raus.

Mit dem Brexit, dem Austritt Grossbritanniens, geht die zweitgrösste Volkswirtschaft der EU, gehen zwanzig – teils mit den USA – betriebene Stützpunkte in der Welt, gehen die einzigen operablen Flugzeugträger und geht einer der zwei ständigen Sitze im UNO-Sicherheitsrat. Es geht auch der grosse, international lebensfähige Finanzplatz London, und der bevorzugte Handelspartner der USA. Merkel und Frankreich liessen das ökonomisch winzige Griechenland um keinen (hohen) Preis austreten, beim Brexit schauen sie ungerührt zu, ja wollen die späteren Beziehungen möglichst schwierig halten. Wie auch immer es Ende 2020 ausgeht, das Resultat wird für die EU ernüchternd sein. Es wird sich zeigen, dass Handelsbeziehungen zwischen den Ländern ganz gut gehen mit den Regeln und Zollbefreiungen der Welthandelsorganisation, anstatt mit einer bürokratisch integrierten Kontinental-EU. Sonst wären ja Südkorea, Japan, Kanada und alle andern längst verarmt. Handel geht ganz gut mit den internationalen, technischen Normen für Elektrogeräte der Cen-Cenelec, der Fernmelde-Union ITU, der IATA des Flugverkehrs, der Konferenzen für Post und Bahn, sowie mit dem Völkerrecht für Freihandelsabkommen, für Schifffahrt, Schiedsgerichte und Prozesse. Das sind die geltenden, grundlegenden Rahmen der Weltwirtschaft; für die sakralisierte EU ernüchternd.

In diese freie Weltwirtschaft entschwebt nun Grossbritannien, aber Italien wird zur Fesselkugel am Stiefel der Union. Während die nördlichen Mitgliedsländer der EU seit dem Euro um 20% und mehr real wuchsen, stagniert Italien – aber seine Schulden nehmen unablässig zu, genau wie in Frankreich. Nach der Corona-Krise wird Italien 2021 knapp 160 % seines Inlandprodukts an Schulden haben, in der Nähe der Lasten, welche 2009 Griechenland versenkten. Ungerührt aber griffen die italienischen Politiker gegen die Corona-Wirkungen ins Volle: Milliarden Euro an Kredit-, Firmen-, Arbeitslosenhilfen

wurden gesprochen. Nachher soll ein «Decreto Rilancio» von 800 Seiten Umfang neue 155 Milliarden streuen. Auch da wird helikoptermässig Geld verschickt, nur schon 500 Euro pro Haushalt, damit sie Urlaub machen können, 500 Euro für jeden Kauf eines Fahrrades und Hunderte Euro an Kioske, Schausteller, Saisonarbeiter, Baby-Sitter. Drei Milliarden für Alitalia. Es hagelt Steuerreduktionen, Zuschüsse für Löhne, oder für 110% der Kosten einer Haus- und Fassadenrenovation. Wer also baut, hat am Schluss mehr als er ausgab. Kein europäisches Land gibt soviel aus, keines auch verstärkt wie Italien seine arbeitsverhindernden Regeln: fünf Monate keinerlei Kündigungen, rückwirkend auf Februar, wer Kinder bis 14 Jahren hat, darf auch ohne Zustimmung der Firma zuhause arbeiten. Undsoweiter. Ist dies schon Wahnsinn, so hat es doch Methode, sagte Shakespeare, der Italien gekannt haben muss. Die Methode - wir sind im Lande Machiavellis. Den Schlüssel zur unerhörten Ausgabenwelle eines Landes, das längst bankrott ist, gibt sein Premier Conte. Er drängt auf massive, zügige Hilfe des EU-Nordens, auf Schuldenvergemeinschaftung. Das kann er nur erzwingen, wenn er die Notlage dazu schafft. Hiermit geschehen. Die Wahl hier ist auch leicht – lieber den Ruin sofort, die Hilfe des Nordens auch, als später.

Deutschlands europhile Politiker riskieren also, die italienischen Extravaganzen und deren Reformstau bei Arbeitsrecht, bei Umverteilungen und Subventionen mitzubezahlen. Sie werden dabei regelrecht über den Tisch gezogen, und je länger, desto unausweichlicher, auch durch Macron. Der will schon lange vergemeinschaftete Schulden, weil Frankreich ökonomisch angeschlagen, bürokratisch immobilisiert und überschuldet ist. Der billige Spruch «Europa darf nicht scheitern» sakralisiert alles. Die deutschen Politiker geben damit jede Verhandlungsmarge aus der Hand. Sogar das vernichtende Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Mai gegen die «illegale» Geldschöpfung der EZB brauchen die Deutschen bisher nicht als Hebel gegen das Verschwenden, das Vergemeinschaften, das Mithaften.

## Rezepte zur Genesung der Nationen

---

Wenn die Kredithuberei zu ausufernden Defiziten, dann zur Überschuldung der «reichen» Länder geführt hat und nur noch mit Geldschöpfung verlängert werden kann, dann ist wohl das Gegenteil richtig – Sparen, Kapital bilden, Vermögen aufbauen.

Denn nach zweihundert Jahren Wachstum soll nun niemand auch nur zwei Monate geschlossene Türen überleben können – Läden, Wirte, Selbständige, Arbeitnehmer, Fluggesellschaften, Autofirmen? In den USA haben fast die Hälfte der Haushalte nicht 400 Dollar für Unvorhergesehenes auf der Seite. Als das Wachstum startete, im 19. Jahrhundert, begann es mit Ansparen, durch die Firmen, die Staaten (meistens), die Haushalte. Patrons, Gewerkschaften und Pfarrer richteten Sparkassen für die Arbeiter ein – eher für deren Frauen, die sparten. Wenn eine Firma expandierte, nahm sie Fremdkapital höchstens als Anleihe auf, nicht als Kredit. Das Geld für die Anleihen aber kam aus den Ersparnissen der Anleger. Auf diese Weise schufen die damaligen Sparer die industrielle Revolution und die unerhörte Expansion vor 1914. Die Wertschöpfung daraus trieb die Volkswirtschaften weiter. Der französische Ökonom Jean-Baptiste Say sah es damals genau: die Produktion schafft sich so ihre Absatzwege. Unnötig mit Krediten, mit Defiziten des Staates die «Gesamtnachfrage» anzuheizen, schon bei kleinsten Stockungen.

Durch Ansparen entsteht privates Kapital in Firmen oder in Häuschen der kleinen Leute, das «deficit spending» des Staates heute aber bildet Kapital in Mietskasernen, Strassen, grosse Bauten. Denn «Kapital» ist nicht einfach Kapital, und bloss zwecks Ankurbeln wird es nicht edel. Das lehrt uns die österreichische Schule der Ökonomie.

Vor allem aber ist eine Gesellschaft mit genügend Eigenkapital krisensicherer.

Wie kommen wir zu Eigenkapital, zum Ansparen, zur Vermögensstreuung? Sicher nicht, indem der Staat Kapital wegnimmt! Wenn er Erbschaften oder hohe Vermögen besteuert, hat er noch nie diese Aktien, diese Immobilien den Armen in den Vorstädten umverteilt, sondern in Geld eingezogen und selbst konsumiert. Wenn er Unternehmen und Private besteuert, lässt er sie heute die Kreditzinsen abziehen – er subventioniert die Kreditwelle noch. Dagegen soll der Staat den Firmen Abzüge erlauben für Forschung, für ihre neuen Anlagen, also für Innovation und Kapitalbildung. Den Privaten soll er – bei kleinen Einkommen – Beiträge an ihre eigene Ersparnis zuschiessen (wie es zaghaf in Deutschland, Frankreich möglich ist), und Tarifverträge sollen Lohnbestandteile in Investment-Fonds einzahlen lassen. Das führt zu besserer Kapital- und Vermögensverteilung, doch von Linken haben wir das noch nie gehört.

Dem Anleger seinerseits hilft etwas anderes – er hat schon Geld, will es aber bewahren. Er soll immer mal wieder Firmenbilanzen ansehen und die Luft darin erkennen. Wenn Firmen andere kaufen, zuviel dafür bezahlen, führen sie den Aufpreis als «Goodwill» in den Aktiven: Luft in Edelpackung. Oder die Manager zeigen schöne Gewinne, «vor ausserordentlichen Aufwendungen», etwa für Schliessungen oder nach Verkäufen unrentabler Teile. Der kundige Anleger aber sieht die Jahresrechnung bei der SEC im Internet nach, wo die US-kotierten Firmen sie einreichen müssen, unter viel strengeren Buchungsvorschriften. Dann erkennt man die Luftlöcher aus den Sonderaufwendungen. Die wirklichen Gewinne sind viel kleiner. Das Management kehrt Verluste unter den Teppich,

die 25-jährigen Analysten jubeln. Diese Analysten jubeln immer, eine richtige Claque der Börsenexzesse. Oder sind es einfach herzensgute junge Menschen, die den Optimismus nicht verloren haben? Als im März die ersten grossen Entlassungswellen in den USA kamen, und die zweite davon nicht mehr dreieinhalb Millionen auf die Strasse setzte, sondern «nur» noch 3 Millionen, gab es Meldungen wie «die neuen Arbeitslosenzahlen gehen zurück», dann auch wieder, als diese unter 3 Millionen fielen. Ein Analyst fand im Mai am Fernsehen dann, wir reden jetzt über die wirtschaftlichen Folgen, und nicht mehr über Corona selbst – sie sehen, es wird also besser. Der Dauerjubel wirkt allerdings oft gekünstelt, in einer Variante seit Jahren schon. Denn fast immer hat der Quartalsgewinn einer Firma «die Schätzungen übertroffen». Kunststück eben, wenn diese Schätzungen gekonnt etwas tief, wie im Moment, angesetzt wurden. Aber kein Grund zur Freude. Selten liest man einen Vergleich der Gewinne mit den Fakten des Vorjahrs, nicht der Schätzung, denn dieser Rückblick ist nicht immer freudenvoll. Die Analysten jubeln auch, wenn eine Firma Reserven abbaut oder gar Kredite aufnimmt, um eigene Aktien aufzukaufen und einzustampfen – wodurch die Gewinne auf den verbliebenen Aktien höher scheinen. Aber auch die Risiken auf dem dadurch verkleinerten Eigenkapital steigen an. Eine ungesunde Sofort-Kultur hat sich breit gemacht – langfristige Kapitalbildung fehlt. Kein Wunder, schlagen sich die Aktien an den meisten Börsen innert weniger Monate einmal um – alle Eigentümer wechseln, verabschieden sich: ein Besentanz herrscht vor – kassieren und weg. Mit der Geldschwemme aber ziehen die Notenbanken, seit FED-Präsident Greenspan im Crash 1987, bei jedem neuen, höheren Kursniveau wieder einen Boden unter diesem Tanz ein, falls es wackelt, und die Kurse steigen weiter.

Kein Tanz: Italiens Aktienrecht hingegen erlaubt nach einigen Jahren Ausharrens den Aktionären ein doppeltes Stimmrecht, Frankreich eine höhere Dividende. Das war mal etwas Positives zu Italien, auch wenn es eine Lex Agnelli sein könnte. Diese langfristige Investorenfamilie, sozusagen Italiens königliches Haus, hat damit mehr zu sagen, ohne neues Kapital einzuschiessen. Das gilt aber für alle, und Aktiengesellschaften mit stabilen Kernaktionären einer Familie rentieren nachweislich besser.

## Rezepte im persönlichen Haushalt und im Alltag

---

Die Fernsehköche zeigten ihre Rezepte und Künste während der Krise für die zuhause Sediten, wenn sie die Ressourcen dafür noch im Haushalt hatten. Ganz grundsätzlich hat man wieder mal gesehen, dass längerfristige Horizonte nicht nur bei Anlagen, sondern auch beim Kühlschrank, bei den kleinen Gebrauchsartikeln wie WC-Papier, Waschmitteln, Medikamenten nützlich sind. Noch grundsätzlicher, allgemeiner «Notvorrat» im Lande ist eine der besten Vorsorgen bei Pandemien. Die Schweizer Regierung wurde in der Zeit des kalten Krieges bis 1989 im Ausland oft belächelt, weil sie immer wieder die Haushalte aufforderte, ein paar Kilo Reis, Mais, Teigwaren, ein paar Flaschen Speiseöl, etwas Salz und Zucker zu halten. Was so kleinbürgerlich tönte, war ein nationales Superlager, ohne Kosten, ohne riesige Lagerhäuser des Staates. Sondern drei Millionen Haushalte multipliziert mit diesen Kilos und Flaschen ergaben einen Landesvorrat, wie er kaum zentral möglich gewesen wäre. Dies funktioniert ohne jede Zuteilung, ohne Schlangestehen und Verteillogistik. Diese klappt in Krisen- und Kriegszeiten eh nicht. In der Corona-Krise haben wir den Staat als allmächtigen, allzuständigen Gebieter und Verbieter erlebt. Für die Zukunft sollten wir auch lernen, diesen Staat wieder hinunter auf die Einzelnen zu brechen, selbstverantwortlich für die längere Frist zu sein, nicht nur für die Kühlschrankfüllung auf morgen.

Das muss auch wieder für geläufige, private Verträge gelernt werden. Es fehlten überall Klauseln für «höhere Gewalt» - wenn Pandemien, die Verbote es unmöglich machen, den Vertrag zu erfüllen. Wer schuldet dann was? Bei Mieten? Bei Anstellungen, bei Aufträgen? Bei Nutzungen? Wie kann man sich dem Vertrag entwinden?

Ebenso tut jeder Bürger gut daran, sich bei Verträgen, bei Anlagen, im geschäftlichen Verkehr zu überlegen: wer ist die Gegenpartei? Wer ist sie wirklich? Kauft man einen Fondsanteil, so hängt man ab von der Depotbank, wo er ruht, von ihrer Redlichkeit, dann von der Fondsverwaltung, dann von den darin enthaltenen Aktien, oder ob sie nur mit Derivaten «abgebildet» sind, man hängt ab von der Redlichkeit des Managements dieser Firmen, von ihren Bilanzkünsten. Und wie man heute entdeckt, sogar wenn man sie verkauft und wieder zu seinem Bargeld kommt, dann amputiert die Notenbank es mit Negativzinsen, oder der Staat beschränkt Bargeldtransaktionen, oder vielleicht inflationiert er später alles. Man überlege dies gelegentlich. Guten Schlaf trotzdem!

Die Gegenpartei im Alltag ist auch wichtig. Wer zahlt schliesslich zuletzt? Hat sich der Partner versichert? Hat er Polster, Eigenkapital? Kenne ich ihn wirklich?

Wenn er ausfällt, wer ist dann verantwortlich? Wo wäre der Gerichtsstand? Zur Illustration ein Leasing-Fall, der in der Schweiz die Gerichte aller Stufen durchlief: ein Geschäftsmann gab den Schlüssel seines luxuriösen Leasing-Wagens dem Portier vor dem Hotel ab, der ihn in die Garage führen sollte, wie üblich. Doch es war nicht der Portier, sondern ein Dieb. Der Wagen war weg. Die Leasing-Firma wollte natürlich den Wagen oder seinen Gegenwert zurück. Die Versicherung sagte, das sei kein Diebstahl, sondern eine Veruntreuung, sie zahle nichts. Die Gerichte schützten sie. Die Versicherung war nicht letzte Gegenpartei, sondern der Dieb, der auch keiner war, sondern ein Ungetreuer. Oder sind die Versicherungsjuristen stets die letzte Gegenpartei?

Shocking. Doch der Haushalt kann aus anderen Gründen gelassener aus der Krise kommen. Haben nicht die Hemden, die Blusen, die Socken gereicht, für Wochen, für zwei, drei Monate ohne Käufe? Das Geschirr, die Betten auch, die Haushaltsgeräte, der Wagen, das Fahrrad ebenfalls. Ein Bild zeigte Warteschlangen vor den Suppenküchen in den USA – es waren Autoschlangen. In modernen Volkswirtschaften sind sogar einfachere Haushalten mit den meisten langlebigen Konsumgütern mehrfach bestückt. Wir alle können Krisen grundsätzlich lange aushalten. Ein vielfaches Polster federt das meiste ab. Auf ganze Volkswirtschaften hochgerechnet erklärt diese vielfache Ausstattung, warum in Griechenland anlässlich der würgenden Sparmassnahmen nach 2010 niemand in Lumpen ging. Argentinien und der Libanon machen jetzt gerade mal Staatskonkurs, aber das Strassenbild ändert sich nicht im Lande. Die Haushalte zeigen Resilienz, wie man überall entdeckt. In Italien sind die meisten Löhne deutlich tiefer als in Deutschland, viele Junge haben gar keine Stelle. Und doch, eine Statistik zeigte vor einem Jahr, dass die italienischen Haushalte ein grösseres Nettovermögen als die Deutschen haben: sie kauften in viel höherem Masse schon seit Jahrzehnten ihre Häuser, ihre Wohnungen selbst, und zahlten die Kredite zurück. Das sichert ab, auch wenn die Ökonomie heute wankt. Und vieles, das in den Kästen liegt, ist eigentlich gar nicht notwendig. Ein amerikanischer Marxist fand in den 1970er Jahren, der wundeste Punkt des Kapitalismus sei nicht die Frage, wem gehört das? Sondern – wer braucht das alles? Nur, in einem anderen System würden anstelle der Konsumenten die Funktionäre über die Nützlichkeit entscheiden. Es geht aber ohne diese Funktionäre. Was nützlich ist, bestimmt jeder selbst, Produzent und Käufer. Trifft ein Produzent den Nerv der Zeit nicht, produziert er am Käufer vorbei, dann macht er Konkurs. Liebe Notenbanken, lasst das doch auch wieder geschehen... Niemand kann für alle wissen, was ihnen frommt. Keiner hat das Bedürfnis nach allem, aber für das Seine, und für vieles. Zusammen ergibt es «Volkswirtschaft». Dank der individuell angehäuften Vielfalt aber könnten wir – wie jetzt bewiesen – längere Zeit überlegen, ohne nackte Not. Nach der Krise wollen wir diese Vielfalt wieder pflegen. Ohne Staat, ohne Funktionäre, einfach über die Märkte.

